



PLANLOS

Kein Plan B für die Lausitz: Beitrag des
Cottbusser OB Holger Kelch (CDU)

> Seite 7



SCHWER WAS LOS

Die Zeit ist reif für eineN
unabhängigeN PolizeibeauftragteN

> Seite 10



TAKTLOS

An jedem Bahnhof soll einmal pro
Stunde ein Zug halten

> Seite 11



GUT AUFGESTELLT?

Wie haben Sie Ihre Erdbeeren am liebsten? Pflückfrisch in den Mund? Auf der Torte, als Obstsalat oder püriert im Brei? Wir mögen sie von hier, zur Saison, unbelastet und erntefrisch, statt z. B. eingefroren aus Asien eingeflogen. Solche verdarben vor drei Jahren tausenden Kindern im Land den Magen und Appetit.

Für gutes gesundes Essen in der Kita wollen wir nun ein Gesetz ändern; für bessere Kitas und Schulen soll der neue Landeshaushalt mehr Geld einplanen. Mit dem rot-roten Doppelhaushalt ist das Land nicht gut genug aufgestellt. Weniger Mittel müssen in Massentierhaltungsanlagen fließen, aber zusätzliche für bessere Zuganbindungen, Krankenhäuser und Naturschutzvorhaben.

Wir wollen u. a. einen Alleenschutzfonds und einen Lausitzfonds für die Menschen in Südbandenburg. Forschungsmittel werden für die Verwertung des Schlamms aus der Braunen Spree gebraucht. Die Gelder sind da und dürfen nicht nicht nur für den BER aufgespart werden.

Wenn Sie Appetit bekommen haben auf unsere grünen Vorhaben, dann lesen Sie doch mal rein – egal, ob bei Erdbeerkuichen, Erdbeereis, Erdbeergrütze, Erdbeerbowle ...

Eine erfrischende Sommerlektüre wünschen

3 FRAGEN AN ...

**AXEL VOGEL**

Im Juli geht das Parlament in die Sommerpause. Wie lautet die Kurzbilanz der Fraktion nach einem Jahr?

Die WählerInnen haben unsere Fraktion auf sechs Abgeordnete verstärkt. Wir haben die Enquêtekommission für die ländlichen Räume angestoßen. Nachdem nicht einmal mehr jedeR Zweite zur Landtagswahl gegangen ist, haben wir Vorschläge eingebracht, wie das Parlament Debatten lebendiger machen kann. Und seit den Verkaufsabsichten Vattenfalls für deren Braunkohlesparte werden unsere Pläne für ein gesteuertes sozial verträgliches Auslaufen der Kohleverstromung und der notwendige Strukturwandel in der Lausitz wieder breiter diskutiert.

Die AfD, so die grüne Fraktion vor knapp einem Jahr, gäbe sich bürgerlich-konservativ und buhle nach rechtsaußen. Wie hat sich das entwickelt?

Die AfD-Fraktion in Brandenburg inszeniert sich als Hort der Rechten innerhalb der Bundes-AfD. Gauland und Co. nutzen jede Möglichkeit, um im Landtag gegen Flüchtlinge zu agitieren und setzen sich immer mehr als parlamentarischer Arm von Pegida in Szene. Unqualifizierte Kritik an Griechenland-Hilfen dient allerhöchstens noch als Vehikel, um auf die Herkunft aus der eurokritischen Lucke-AfD zu verweisen. Forderungen nach einer Ausweitung der Direkten Demokratie haben immer zum Ziel, den Parlamentarismus zu delegitimieren und dem vermeintlich „gesunden Volksempfinden“ gegen Energiewende und Zuwanderung zum Durchbruch zu verhelfen. Mit dieser AfD kann und darf es keine Gemeinsamkeit der DemokratInnen geben. Gut, dass das eine breite Parlamentsmehrheit so sieht.

Was machst Du in der Parlamentspause bis September?

Auf einer Alpenüberquerung durch abgelegene Gefilde in Norditalien tanke ich die Kraft für meine politische Sommertour durch den Barnim, die Uckermark und den Oberhavel-Kreis im August.

Axel Vogel ist Vorsitzender der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag.

ALREJU: KOPIEREN ERWÜNSCHT

Die Zahl der bislang jährlich ca. 80 minderjährigen Flüchtlinge, die ohne Verwandte nach Brandenburg kommen, wird sich ungefähr verfünffachen. Unsere Fraktion fordert Rot-Rot auf, nach dem Vorbild des ausgezeichneten Fürstenwalder ALREJU-Heimes weitere spezialisierte Jugendhilfeeinrichtungen im Land zu schaffen. Die oft traumatisierten 16- bis 18-Jährigen aus Afghanistan, Syrien oder dem Sudan haben ihre Eltern auf der Flucht verloren, wurden von ihnen getrennt oder zuhause in einen Bus gesetzt, um sie vor Anschlägen zu schützen. Sie sollen in ihrem neuen, öffentlich gut angebundenen Zuhause bei uns gut medizinisch, sozial und psychotherapeutisch betreut werden sowie zur Schule gehen bzw. eine Ausbildung beginnen können.



Junge Flüchtlinge in ALREJU-Obhut in Fürstenwalde

© ALREJU

GEHEIMNISKRÄMEREI MACHT STUTZIG

Seit 2010 bereits plant Brandenburg zusammen mit Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Berlin ein gemeinsames Telekommunikationsüberwachungszentrum, um sich bei der Verfolgung von Straftaten besser zu koordinieren. Vernetzung finden wir an sich gut, die Geheimniskrämerei um das Projekt macht aber stutzig. Wie auch die Datenschutzbeauftragte in Brandenburg bekommen wir bislang keine Antwort vom Innenminister, wann das Zentrum kommen und was es leisten soll. Da bleiben wir dran.

© Natalia Vnitsk - Fotolia



BESSERE SCHULE MIT GORBIKS & FLEX

Mit 30.000 Unterschriften machten Eltern Anfang 2015 ihrem Unmut Luft: Statt des 30.9. wollen sie den 30.6. als Stichtag für die Einschulung zugrunde legen. Das heißt, alle Kinder kommen erst mit vollendetem 6. Lebensjahr in die Schule.

Der Entwicklungsstand von ErstklässlerInnen kann dem von 4-Jährigen bis zu dem von 8-Jährigen entsprechen. Angesichts dieser Spanne sind drei Monate ein Tropfen auf den heißen Stein. Worum geht es also eigentlich? Eltern fürchten, dass die Schule nicht auf die individuellen Fähigkeiten ihres Kindes eingeht. Um ihnen diese berechtigte Sorge zu nehmen, muss sich jedoch die Schule ändern, nicht der Stichtag. Und Dank Flex und Gorbiks fängt Brandenburg nicht völlig bei Null an.

In Flex-Klassen (kurz für flexible Schuleingangsphase) lernen SchulanfängerInnen ein bis drei Jahre, ehe sie in die 3. Klasse wechseln. Obwohl das den Übergang in die Schule erleichtert, bietet nur gut ein Drittel der Grundschulen Flex an – und manche sind drauf und dran, das Projekt zu beerdigen, weil ihnen die Mittel dafür fehlen. Genauso lässt Rot-Rot Gorbiks verkümmern. Nach diesem „Gemeinsamen Orientierungsrahmen für Bildung in Kita und Schule“ sollen Grundschulen Kitas kontaktieren, aus denen ihre ErstklässlerInnen kommen. Lehrkräfte haben dafür eine Wochenstunde extra, Kitas keine. Unsere Fraktion fordert mehr Personal für Gorbiks & Flex im neuen Landeshaushalt. (s. S. 5)

Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin

www.gruenlink.de/ygs

WAS UNS SCHMECKT

Erdbeer-Zeit! Wer kann den frischen, süßen, roten Früchten widerstehen? Vielleicht einige Eltern und ihre Kinder, die vor knapp drei Jahren an Brechdurchfall erkrankten, weil sie in der Schule oder Kita Grießbrei mit Erdbeeren aus China gegessen hatten. Die im Herbst über den halben Erdball eingeflogenen und eingefrorenen Früchte waren immer noch billiger als regionale und saisonale Kost. Den Preisdruck auf die Essensanbieter, der zu diesem Irrsinn führt, kann in Brandenburg jedoch eine Gesetzesänderung lockern.

Heute hat sich das Essengeld in der Kita danach zu richten, was man durchschnittlich an Eigenaufwendungen für diese Mahlzeit spart – in Prenzlau wurden dafür z. B. 1,70 € festgelegt. Studien zeigen jedoch, dass für 2 € ein nach den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung gekochtes, gesundes, qualitätsvolles und ausgewogenes Mittagessen nicht zu haben ist. Das aber brauchen Kinder, um sich konzentrieren zu können und altersgerecht zu entwickeln. Unsere Fraktion will das Kita-Gesetz demensprechend verändern und damit Qualität und Mitbestimmung beim Kitaessen in den Vordergrund rücken. Eltern und Träger der Einrichtungen können Kriterien wie den Anteil von Bio-Zutaten oder von Vollwertkost anlegen, regionale und saisonale Erzeugnisse bevorzugen und Umwelt- wie Klimaaspekte berücksichtigen. Das Essengeld soll nach dem Elterneinkommen sozial verträglich gestaffelt werden.

Marie Luise von Halem

www.gruenlink.de/ygs

LANDESHAUSHALT FÜR 2015 UND 2016

IM WESEN NICHTS NEUES

Die Konjunktur brummt, die Steuern sprudeln, doch der Haushalt – er quietscht. Der Finanzplan für 2015 und 2016, den Rot-Rot jetzt gegen die Stimmen der Opposition beschlossen hat, ist in vielen Teilen einfallslos und zukunftscheu. Er versteckt unangenehme Wahrheiten und setzt falsche Prioritäten. Hoppla, der Satz kommt uns bekannt vor. Stimmt, den haben wir genauso vor zweieinhalb Jahren in der brandGRÜN geschrieben – zum letzten Doppelhaushalt.

Die von der Regierung versprochenen Investitionen in Kommunen, regionale Wirtschaft und in die Wissenschaft wirken wie ein Strohfeuer – von Nachhaltigkeit keine Spur. Sonst würden Mittel für die Sanierung von öffentlichen Gebäuden, Kitas oder Schulen wie beim Bund an mehr Energieeffizienz geknüpft. Beim Straßenbau müssten Sanierungen statt Neubau vorne stehen und neue Radwege Pflicht sein. Der Wandel in der Lausitz ist Rot-Rot nicht mal einen Förderschwerpunkt wert. Und Investitionen in die Wissenschaft verpuffen, weil zwar viel Geld in Gebäude und Ausstattung fließt, aber zu wenig in den Austausch mit der Wirtschaft.

ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN

Keine neuen Schulden, versprach Rot-Rot. Doch durch die Hintertür nimmt der Finanzminister einen Kredit von über 400 Mio € für das „Sondervermögen Flughafen“ auf und schiebt weitere 407 Mio € Bürgschaft hinterher. Ehrlicher wäre, dafür in die Rücklage des Landes zu greifen. Es darf getrost bezweifelt werden, dass die Flughafengesellschaft FBB das Geld je zurückzahlt – auch das wäre nicht das erste Mal.

Statt den BER dauerhaft zu subventionieren, muss Rot-Rot auf kostendeckende Gebühren statt weiteren Ausbau drängen. Aber ab 2017 will das Land eine Kapazitätserhöhung auf 37 Mio PassagierInnen finanzieren, den Ausbau für 50 Mio Fluggäste soll dann die FBB selber übernehmen. Das wird nur klappen, wenn die jetzt zugesagten Kredite des Landes in Eigenkapital umgewandelt werden – für die SteuerzahlerInnen sind die Gelder futsch.

MEHR KOHLE FÜRS KLIMA

Mehr finanzielle Spielräume hätten wir z. B., wenn das Land auf klima- und umweltschädliche Subventionen statt auf Einnahmen wie die von uns geforderte Förderabgabe für Bodenschätze verzichten würde. Derweil profitiert Vattenfall weiterhin davon, dass ihr die EEG-Umlage und Nutzungsgebühren für Grundwasser nicht voll berechnet werden.

Unsere Fraktion will im Haushalt 2015/2016 Bildungsausgaben aufstocken und Fördermittel für die Massentierhaltung stoppen, Zuganbindungen verbessern und den Umweltschutz stärken. Unsere Vorschläge (s. S. 5) sind durchweg gegenfinanziert: aus Umschichtungen im Haushalt, Reduzierungen der Rücklagen und der Zuführungen an den Pensionsfonds – Einnahmen des Landes also, die besser jetzt dem Gemeinwohl dienen, als in risikobehafteten Anleihen im Ausland geparkt zu werden.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender



VERKEHR UND PLANUNG

- 11,6 Mio € für Ein-Stunden-Takt bei Regionalexpress und -bahnen
- 500.000 € mehr pro Jahr für Regionale Planungsgemeinschaften

WISSENSCHAFT UND KULTUR

- Kürzungen an Hochschulen rückgängig machen: 15 Mio € in 2015/16
 - 2 Mio € jährlich für die Denkmalpflege
- Jährlich 1,5 Mio € mehr für Personal bei „Musische Bildung für alle“
 - Jährlich 2,5 Mio € mehr für Musik- und Kunstschulen

DEMOKRATIE

- Verdopplung der Mittel für Jugendbeteiligung auf 250.000 € jährlich
- 1,6 Mio € pro Jahr mehr für die Jugendhilfe
 - 15.000 € in 2015/16 für Schulfahrten zu Gedenkorten der Opfer der kommunistischen Diktatur

KITA & SCHULE

- 8,8 Mio € pro Jahr mehr für die Arbeit der Kita-Leitungen
 - 14,5 Mio € (300 Stellen) mehr für Flex und Gorbiks (s. S. 3)
- 10 Mio € jährlich mehr für Inklusion (200 Stellen)
 - Kürzungen für freie Schulen zurücknehmen: 18 Mio € jährlich
 - 1 Mio € für Lehrkräfte-Weiterbildung pro Jahr
 - 1,2 Mio € für mehr SchulsozialarbeiterInnen

JUSTIZ

- 4,5 Mio €, um weniger Stellen bei RichterInnen und StaatsanwältInnen zu kürzen
- 550.000 € für die Umschulung zu GerichtsvollzieherInnen

UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT

- 3,6 Mio € für Alleenfonds
- 300.000 € jährlich mehr für Vertragsnaturschutz
 - 200.000 für INA Lieberose
 - 5 statt 2 BibermanagerInnen
- Sperre im 10-Mio €-Fördertopf für zu große Massentierhaltungsanlagen

KLIMA UND ENERGIE

- 8,8 Mio € mehr für Wirtschaftsförderung und nachhaltige Unternehmensstrategien
- 500.000 € für Lausitzfonds zur Begleitung des Strukturwandels
- 200.000 € jährlich für Forschung zur Eischlammverwertung

GESUNDHEIT

- 15 Mio € Kofinanzierung für Krankenhausinvestitionen
 - 10 Mio € aus den Steuermehreinnahmen für Kommunen

VERBRAUCHERINNEN-SCHUTZ:

- 700.000 € jährlich mehr für Verbraucherzentralen (auf 2,4 Mio € = 1 € pro EinwohnerIn)
- 30.000 € mehr pro Jahr für Tierschutzvereine

Mehr Infos unter: www.gruenlink.de/ygw

NEUER GEDENKTAG: WORAN DENKEN WIR AM 8. MAI?

An 8. Mai 1945 beendete der militärische Eingriff der Alliierten die menschenverachtende Herrschaft des Nationalsozialismus und den von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg, dem Millionen Menschen zum Opfer gefallen waren. Auch heute tragen wir schwer an dieser Verantwortung und es gilt, das Erinnern daran beständig mit Leben zu füllen, der zahllosen Opfer zu gedenken und immer wieder aufs Neue zu überlegen, welche Verantwortung uns Deutschen hieraus erwachsen ist.



Als Linken- und SPD-Fraktion bei uns um Unterstützung dafür warben, den 8. Mai in Brandenburg zum Gedenktag zu erklären, provozierte das gleichwohl tiefsitzende, Ablehnung hervorrufende Assoziationen: Denn noch wenig öffentlich diskutiert und aufgearbeitet ist der verklärende Mythos, der in der DDR um den 8. Mai 1945 gewoben wurde und mit dem vermeintlich aus der Geschichte heraus die von der Sowjetunion gesteuerte SED-Diktatur begründet wurde.

Neben der Anerkennung und Würdigung des 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus haben wir deshalb in der Erarbeitung der Antragsbegründung und in der Plenardebatte den Blick zugleich auf die Tatsache gelenkt, dass der „8. Mai uns im Osten eine Befreiung ohne Freiheit gebracht hatte“, wie es Prof. Richard Schröder, ehemaliger SPD-Fraktionsvorsitzender der ersten frei gewählten DDR-Volkskammer 2005 zum Ausdruck gebracht hatte.

Heute, 70 Jahre nach dem Krieg, 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution, stehen wir stärker denn je vor der gemeinsamen Aufgabe, Lehren zu ziehen aus dem Grauen der Nazi-Zeit und entsprechend zu handeln. Zur Auseinandersetzung mit der Bedeutung des 8. Mai 1945 in der DDR planen wir im kommenden Jahr eine Veranstaltung.

Heide Schinowsky

www.gruenlink.de/ygz

SCHLAMM: VERWERTEN STATT VERKLAPPEN

Zu schade zum Wegwerfen, dachte sich die PUS GmbH in Lauta. Das sächsische Unternehmen recycelt Eisenhydroxidschlamm, der als Folge des Braunkohlebergbaus die Gewässer in der Lausitz verschmutzt, u.a. für die Biogasaufbereitung. Zu schade, dachte sich auch der Künstler Mario Asef, der für die Spreewälder Ausstellung „aquamediale“ den Grundriss der Lübbener Kirche mit Ziegelsteinen aus Eisenoocker nachbaute.

Zu schade um den schönen See, sind die EinwohnerInnen und TouristInnen von Altdöbern in der Niederlausitz entsetzt. In ihren ökologisch intakten Badesee will der staatliche Bergbausanierer LMBV täglich 5 bis 10 LKW-Ladungen Eisenschlamm kippen! Mit dem Versuch, das große ökologische, wirtschaftliche und touristische Desaster der Braunen Spree zu bereinigen, dürfen in der Folge nicht neue ökologische und touristische Probleme entstehen. Unsere Fraktion schlägt zusammen mit der CDU und der BürgerInneninitiative „Altdöberner See“ vor, den Schlamm in speziellen Deponien an Land zwischenzulagern und als Rohstoff einzusetzen. Das Land soll mit 200.000 Euro die Forschung für Recyclingmethoden anstoßen. Mit der scheinbar billigeren Verklappung in den See riskiert Rot-Rot, das Leben am Gewässergrund und auch den sich entwickelnden Tourismus abzudrücken.

Allerdings: Nicht der gesamte Schlamm lässt sich zu Ziegeln verarbeiten. Und auch das Recycling in Lauta ist eine aufwändige Notlösung. Die richtige bleibt, mittelfristig aus der Kohle auszusteigen.

Benjamin Raschke
Umweltpolitischer Sprecher

www.gruenlink.de/ygz



NOCH HABEN WIR KEINEN REALISTISCHEN PLAN B

Dass die Energiewende unsere Mondlandung sei, stellte schon der frühere Umweltminister Peter Altmeier fest. Dieses Bild trifft natürlich auf die Lausitz in besonderem Maße zu. Der Ausstieg aus der Kernkraft und der Verzicht auf fossile Brennstoffe sind teuer wie die Mondlandung, bergen Risiken, bieten aber auch einmalige Chancen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten, so Peter Altmeier, kann die langsam gewachsene Technikfeindlichkeit überwunden werden. Die ökologischen Probleme können nur durch Technik gelöst werden (Welt, 30.10.12). Und wenn diese Technik eben aus der Lausitz käme, wenn hier neue Speichertechnologien entwickelt würden, wenn an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg das Zentrum für die neuen Energien entstünde, dann kann die Energiewende dem alten Slogan von Cottbus als Zentrum der Energiewirtschaft einen neuen Inhalt geben.

Doch gerade für die Lausitz kann man nicht übersehen, dass die Menschen hier nach der politischen Wende einen beispiellosen Strukturwandel erlebt haben, einen Paradigmenwechsel, der ohne Vergleich ist. Die Fortführung der Energiewende kann nur unter Mitnahme der Lausitzer geschehen. Und sie muss beide Tatsachen berücksichtigen: Die Großgeräte gingen über Dorffriedhöfe, Kirchen und Schulhöfe hinweg. Das war und ist



© Rathaus Cottbus

Holger Kelch (CDU) ist Oberbürgermeister von Cottbus

ein großer Verlust. Zum Lebensgefühl hier im Niederlausitzer Revier gehört jedoch auch der berechtigte Stolz der Berg- und Energiearbeiter auf ihre Lebensleistungen. Die Kohlekumpel und ihre Helfer haben in den vergangenen einhundert Jahren in den schwierigsten Situationen erfolgreich den Kampf um Licht und Wärme geführt. Deshalb bin ich der Meinung, dass die Pläne der Bundesregierung zur Klimaschutzabgabe in ihrer ursprünglichen

Form verhängnisvoll für die Lausitz wären. Die Basis regionaler Wertschöpfung bräche weg, und mehrere Tausend Menschen verlören ihre Arbeitsplätze. Die Folgeeffekte für den gesamten Mittelstand, für Gewerbe, Kultur, die soziale Infrastruktur und viele andere Bereiche wären verheerend.

Beim Bergbauunternehmen Vattenfall gibt es gegenwärtig rund 8000 direkt Beschäftigte. Auf jeden Direktbeschäftigten kommen noch zwei weitere Arbeitsplätze hinzu. Die Auftragsvergabe liegt bei rund 1,4 Milliarden Euro im Jahr. Ein Industriezweig, der Ähnliches zu bieten hat, ist für unsere Region nicht in Sicht.

Die Pläne der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, mit einem Lausitzfonds Strukturwandel aktiv zu gestalten, begrüße ich sehr. Dessen Ziel, Beschäftigte für neue Aufgaben zu qualifizieren, die kommunale Infrastruktur zu stärken und die Wirtschaft bei einer nachhaltigen Ausrichtung zu unterstützen, ist der richtige Weg.

Machen wir uns auf den Weg zur Suche nach dem Plan B für die Lausitz; noch gibt es ihn nicht. Ein sofortiger Verzicht auf die Braunkohleförderung und Braunkohleverstromung würde zu einem erneuten Strukturbruch in der Lausitz und zu einer weiteren Abwanderung aus der Region führen.

Der Antrag unserer bündnisgrünen Fraktion zum Lausitzfonds steht unter www.gruenlink.de/yh0

PFLEGE: STARKE KAMMER STATT STILLEM KÄMMERLEIN

Sie sind gut ausgebildet, hoch motiviert und arbeiten gern: Die Pflegekräfte in Brandenburg sind quasi das Rückgrat unseres Gesundheitswesens. Obwohl sie dort die größte Berufsgruppe bilden, können sie ihre Interessen nicht so selbstbewusst und gleichberechtigt vertreten wie andere Heilberufe. Wie Kranken- oder AltenpflegerInnen arbeiten sollen, bestimmen heute vor allem die Träger der Einrichtungen, die Kassen und fremde Verbände über die Köpfe der Beschäftigten hinweg.

Mehr Pflege für die Pflege

Es braucht künftig immer mehr qualifizierte PflegerInnen, aber die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte nimmt ab. Nach heutigen Berechnungen der Prognos AG werden wir im Jahr 2030 in Deutschland eine halbe Million Pflegekräfte zu wenig haben. Einen Weg, den Pflegeberuf zu stärken, sehen wir in der Gründung einer Pflegekammer. Mit solch einer Interessenvertretung handelt ein Berufsstand selbstbestimmt, vernetzt seine Mitglieder und bündelt ihr Fachwissen. Pflegenden können so ihre Aufgaben und Arbeitsinhalte, Qualifikationen ihres Berufsbildes, die Berufsordnung und die Qualität der Versorgung viel besser mitbestimmen. Die Kammer vertritt die beruflich Pflegenden in Politik und Behörden, vor Gericht und in Selbstverwaltungsgremien – so wie es Ärzte-



© Miriam Dörr - Fotolia

kammern oder Handwerkskammern bereits ganz selbstverständlich tun. Eine Pflegekammer wird nicht nur der Bedeutsamkeit des Berufs endlich gerecht, sondern macht ihn auch attraktiver für den Nachwuchs.

Kammer ist keine Konkurrenz

Unser mit der CDU vor zwei Jahren in den Landtag eingebrachte Vorschlag für eine Pflegekammer stieß bei Rot-Rot auf große Skepsis. Doch die Sorge, eine Kammer würde den ohnehin niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in der Pflege noch weiter drücken, ist unbegründet. Die Gewerkschaft vertritt die Interessen der ArbeitnehmerInnen, z. B. in Tarifverhandlungen, die Kammer macht Berufspolitik – hier

gibt es keine Konkurrenz, eher stärken sie sich gegenseitig.

In Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein ist eine Pflegekammer schon beschlossene Sache, Niedersachsen plant sie, in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ist die Mehrheit der befragten Pflegenden dafür. Bei uns hat Rot-Rot jetzt wenigstens Mittel für eine Befragung und Infokampagne eingeplant. Wir würden uns freuen, wenn sich in Brandenburg bald eine Mehrheit der Pflegenden für die Kammer ausspricht: Unsere Unterstützung haben sie.

*Ursula Nonnemacher
Gesundheitspolitische Sprecherin*

www.gruenlink.de/yh1

POLIZEI BLEIBT GESCHLOSSEN?

Das Kreuz mit der Kriminalitätsstatistik, der hohe Krankenstand unter den KollegInnen, schwere Ermittlungsspannen im Maskenmann-Prozess: Die Brandenburger Polizei hat mit ihrem Image zu kämpfen. Wo Kritik hinter vorgehaltener Hand geäußert wird, Vorwürfe kursieren, Misstrauen keimt, hilft nur eines: Offenheit. Eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle, wie wir sie als grüne Fraktion vorschlagen, könnte diese Transparenz schaffen und neues Vertrauen – von BürgerInnen in ihre Polizei und von BeamtInnen in ihre Institution. Wir stellen uns eine beim Landtag angesiedelte Anlaufstelle vor, an die sich jedeR wenden kann, wenn ein Konflikt nicht gleich gerichtlich oder als Fach- bzw. Dienstaufsichtsbeschwerde behandelt werden soll oder kann. Streitschlichtungs-, Anlauf- und Beschwerdestellen gibt es in vielen Einrichtungen des Landes – warum soll die Polizei eine geschlossene Gesellschaft bleiben? Doch mit der positiven Fehlerkultur, die SPD-Innenminister Schröter beim Korrigieren der gefälschten Kriminalitätsstatistik versprochen hat, ist es so weit dann nicht her. Die Tür, die sich mit der Einführung der Kennzeichnung von PolizistInnen in Richtung Gesellschaft weiter öffnete, klemmt. Es sitzt auch die Brandenburger Linke in der Klemme, denn ihre Bundestagsfraktion ist für solch eine Polizeibeauftragte auf Bundes- und Landesebene. Nun soll der Innenminister einmal jährlich im Landtag berichten, welche Beschwerden

Beamten und Betroffene von Polizeieinsätzen vortragen. Das hat zwar nichts mit einer Beschwerdestelle zu tun, aber hier freut man sich ja schon über minimale Fortschritte.



© Gerhard Seybert - Fotolia

Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin

www.gruenlink.de/yh2

KULTURELLE BILDUNG: GLÜCKSTREFFER FÜR ZUFALLSKINDER

Kulturelle Bildung soll junge Leute an künstlerische Ausdrucksformen heranzuführen, sie lehren, alles, was sie bewegt, auch mit anderen Mitteln als Wort und Schrift auszudrücken. Das schafft neue Sichtweisen: auf sich selbst, andere Menschen, die Welt an sich. Wer bei ‚Klasse: Musik‘ oder ‚Klingender Kita‘ teilgenommen habe, so die Regierung auf unsere Große Anfrage, werde sozial kompetenter, sei verantwortungs- und selbstbewusster, habe bessere motorische und sprachliche Fähigkeiten. Es gibt auch wunderbare Kooperationen zwischen Schulen

und Kitas mit Theatern, bildenden Künstlerinnen, Museen und Kunstschulen. Was so verheißungsvoll klingt, ist in Wirklichkeit leider sehr mager. Der vor Jahren versprochene Fonds kulturelle Bildung hat nie das Licht der Welt erblickt. Am groß angekündigten Projekt der Mercator-Stiftung (die gibt immerhin 500.000 €!) können von insgesamt 857 allgemeinbildenden Schulen ganze drei teilnehmen. ‚Klasse: Musik‘ wurde 2014 immerhin 66 Schulen gegönnt, ‚Klingende Kitas‘ gab es 18 im ganzen Land (1% aller Kitas). Die drei Regionalstellen der ‚Plattform kulturelle

Bildung‘ könnten mit den kulturellen Landesverbänden ein dichtes Angebotsnetz über Brandenburg spannen, doch ihr fehlen schlichtweg die Mittel. Der Anspruch, sozialer Benachteiligung mit Kultur zu entgegen, kann nicht eingelöst werden. So bleibt kulturelle Bildung weiterhin ein Glückstreffer für Zufallskinder, nur wenige schillernde Tropfen im märkischen Sand.

Marie Luise von Halem
Kulturpolitische Sprecherin

www.gruenlink.de/yh3



WEM DIE STUNDE SCHLÄGT

Da will die SPD wohl noch schnell auf den Zug aufspringen und fordert bessere Bahnverbindungen. Doch es ist das falsche Signal, angesichts begrenzter Mittel neue S-Bahnlinien für den Speckgürtel zu fordern, während die Brandenburger Peripherie weiter abgekoppelt wird. Ginge es nach dem Verkehrsministerium, könnte für die Bahnhöfe mit weniger als 50 Ein- und Aussteigenden am Tag bald die letzte Stunde geschlagen haben. Bei meinen Besuchen dieser 60 Stationen, immerhin ein Fünftel aller Halte im Land, treffe ich auf EinwohnerInnen, die sich keineswegs abhängen lassen wollen. Wie die BürgerInnen von Medewitz bei Wiesenburg im Fläming, die nach meinem Vor-Ort-Termin spontan 200 Unterschriften gegen die Schließung ihres Bahnhofs und für einen Ein-Stunden-Takt der dort verkehren-

den Züge sammelten und diese Verkehrsministerin Schneider übergaben. Auch mit Blick auf Autolärm und -abgase schlagen wir vor, dass die Züge in Brandenburg stündlich verkehren – eine Forderung, die auch die Gutachter in unserer Mobilisierungsstrategie für das Land aufmachen. Rund 20 Regionallinien, darunter der RE 3 zwischen Schwedt und Elsterwerda und der RE 5 von Rostock nach Falkenberg, würden dann doppelt so oft fahren. In einem ersten Schritt sollten wenigstens die bereits im Ein-Stunden-Takt verkehrenden Bahnen auch an allen Bahnhöfen entlang der Strecke halten. Mittel dafür gibt der Haushalt der Verkehrsministerin durchaus her.

*Michael Jungclaus
Infrastrukturpolitischer Sprecher*

www.gruenlink.de/yh4

LEP: ZURÜCK AUF LOS

Es gibt Flecken, die immer größer werden, je mehr man sie wegzureiben versucht. Der Sache mit dem Landesentwicklungsplan ist so ein Fleck. Was (t)reibt die Regierung? Wider jede Vernunft, gerichtliche Entscheidungen und den fundierten ExpertInnenrat hält das Infrastrukturministerium am für ungültig erklärten Landesentwicklungsplan (LEP) fest. Unseren Vorschlag, Fachleute zu den Folgen des LEP-Urteils anzuhören, lehnt Rot-Rot ab.

Das 2009 aufgestellte Planwerk regelt u. a. die Siedlungsentwicklung und Raumnutzungsansprüche, es entscheidet, welche Kommunen Ober- bzw. Mittelzentrum sind und damit, wohin wieviel Geld fließt. Aber auch Windeignungsgebiete, der BER und der Braunkohlenplan hängen vom LEP ab. Mit einem neuen Anlauf hätte das Land die Chance, langfristig Planungen zu harmonisieren. Die Grundzentren, von Brandenburg als einzigem Bundesland gegen den Willen von Kommunen wie Städte- und Gemeindebund abgeschafft, kämen wieder auf den Tisch. Die Regionalen Planungsgemeinschaften könnten neben der Windkraftplanung auch bei der Siedlungsentwicklung, Pendlerstrombeobachtungen, beim BER und der Braunkohleplanung aktiv werden. Es ist Zeit, reinen Tisch zu machen. Der Landesentwicklungsplan gehört nicht in die Hinterzimmer der Verwaltung, sondern ins Parlament.

Michael Jungclaus

LIEBE BRANDENBURGERINNEN,



Wie war das noch mit der Henne und dem Ei: Verließen zuerst die Menschen das Dorf, wurden dadurch keine Kinder mehr geboren, dann Kitas und Konsum geschlossen – oder umgekehrt? Tatsache ist jedenfalls: Die ländlichen Regionen jenseits von Städten und Speckgürtel dünnen aus: Junge ziehen weg, Kinder wachsen nicht nach, die Älteren werden älter und bleiben – unter sich. Wir erleben aber auch: Mancherorts kommen Hiergeborene zurück und neue Leute, Raumpioniere, besiedeln leergezogene Gegenden. Wir glauben, dass die Zukunft Ihrer, Eurer, unserer Dörfer und Gemeinden nicht nur von der Länge verlegter Glasfaserkabel und

von EinwohnerInnenzahlen abhängt. Alle sollen Brötchen zahlen und auf den Brandschutz zählen können, ÄrztIn und Amt erreichen, mit sauberer Luft und Wasser leben. Warum stärken die Fördermittel für den ländlichen Raum diesen so wenig spürbar? Und – apropos Ei und Henne: Was ist dran an der These, dass es dem ländlichen Raum gut ging, solange die Landwirtschaft in die dörfliche Gemeinschaft eingebettet war? Um diese Fragen zu beantworten, hat unsere Fraktion im Landtag eine Enquête-Kommission zur Zukunft der ländlichen Regionen angestoßen – eine sogenannte Enquête wird eingerichtet, wenn langfristige, komplexe Fragestellungen zu untersuchen und zu lösen sind.

In diesem Sommer nehmen die Abgeordneten aus allen Fraktionen mit fünf externen Fachleuten ihre Arbeit auf; Ende 2018 soll ein Bericht vorliegen.

Die Enquête kann nur gelingen, wenn die BrandenburgerInnen ihre Anliegen in die Kommission hineinbringen, als ExpertInnen teilnehmen oder uns vor Ort einladen! Ich freue mich auf Ihre und Eure Ideen!

Benjamin Raschke
Sprecher für ländliche Räume

www.gruenlink.de/yh5

TERMINE

Sonnabend, 12. September:

Treff unsere grünen MdL auf dem Brandenburger Dorf- und Erntefest in Schönwalde-Glien!

Sonnabend, 26. September:

BürgerInnenfest „25 Jahre Land Brandenburg“: Unsere Fraktion freut sich auf Euch und Sie am Alten Markt vor dem Landtag und auf unserem grünen Fraktionsflur im Parlamentsgebäude.

Ab **September** geht unsere erfolgreiche grüne Filmreihe „Land in Sicht“ weiter:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/land-in-sicht

Bündnisgrüner Kongress im **Herbst**: Sharing Economy, Sozialunternehmen, Regionale Wertschöpfung, Nachhaltiger Konsum: Wir wollen die Projekte und Unternehmen, die sich in Brandenburg unter diesen Stichworten sammeln, vernetzen und erfahren, wie wir diese im Landtag besser unterstützen können.

Alle unsere Termine unter: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen

Wir bedanken uns bei allen, die an unserer brandGRÜN-Umfrage teilgenommen haben. Über die Ergebnisse informieren wir in unserer nächsten Ausgabe. Die Überraschungspakete der Fraktion gehen an Detlev S. aus Potsdam und Stefan A. aus Finsterwalde. Viel Spaß damit!



IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. (0331) 966 1701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
Redaktion: Frauke Zelt
Titelbild: © wsf-f – Fotolia.com
Alle Bilder ohne Angabe: ©Fraktion
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel

